



## COVID-19 – Newsletter 64

04.12.2020

Noch immer oder eigentlich schon wieder stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig. Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen.

Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden.

Städte und Gemeinden haben mit ihrer Bürgernähe maßgeblich dazu beigetragen, dass Österreich die erste Phase der COVID-19 Pandemie gut bewältigt hat. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren die Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

**Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.**

**Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen ([https://intrakommuna.at/net\\_home/Pages/Startseite](https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite))**

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:  
[https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no\\_cache=1](https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1)

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

## Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	4
1.    Aktuell im RIS .....	4
2.    Lockerungen und Verschärfungen – Die Öffnungsschritte ab 07.12.....	5
3.    Nationalrat: Heftige Kritik der Opposition an Kontrollmöglichkeit der Corona-Auflagen durch Polizei .....	5
4.    Bundesrat billigt Budgetbegleitgesetz .....	6
5.    Massentests - Nicht schulpflichtige Kinder werden nicht getestet .....	6
6.    Coronahilfen haben bisher 27 Mrd. Euro gekostet .....	7
7.    Umfrage: 61 Prozent der Betriebe nutzen Kurzarbeit .....	7
8.    Vizekanzler Kogler schließt Sparpaket für niedrige und mittlere Einkommen aus .....	8
9.    Bioethikkommission für Impfpflicht für Gesundheitspersonal .....	8
10.   Antigen-Test-Beschaffung ausgesetzt und ausgeschrieben .....	8
Aus den Bundesländern .....	9
1.    Auch Steiermark zieht vor Massentests finden am 12. und 13. Dezember statt .....	9
2.    Massentests in Niederösterreich am 12. und 13. Dezember .....	9
3.    Früher und länger: Oberösterreich weitet Massentests aus .....	10
4.    Massentests - Tiroler erhalten Testformular per Post .....	11
5.    Massentests - Anmeldungen in Vorarlberg ab sofort möglich.....	11
6.    Massentests - Keine Voranmeldung im Land Salzburg – Stadt prüft noch .....	12
7.    Möglichkeit zu Massentest in 34 burgenländischen Gemeinden .....	12
8.    Land NÖ informiert über Antigentests für Kindergarten- und Kinderbetreuungspersonal .....	12
9.    Finanzielle Unterstützung für Tiroler Beherbergungsbetriebe .....	13
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden .....	14
1.    Gemeinden kämpfen finanziell – Präsentation der neuesten Prognose des KDZ .....	14
2.    Massentests in Annaberg: Nur zwei von 653 Tests positiv .....	15
3.    Innsbruck testet an sechs Standorten.....	15
4.    Graz plant 220 Teststraßen an 10 bis 12 Standorten .....	16
5.    Rund 75 Teststraßen an 20 Standorten in Linz geplant .....	16
6.    St. Pölten plant mit vier Standorten für Massentests .....	17
7.    Wiener Neustadt testet an 8 Standorten.....	17
8.    NÖ: Ausnahme-Regeln vor Verlängerung .....	17
9.    Wien schnürte Maßnahmenpaket für Schulöffnungen.....	17
10.   Traiskirchen bietet zwei Tests pro Woche für LehrerInnen an .....	18



Europa und International .....	19
1. Slowakei verschiebt landesweite Massentests .....	19
2. Seit der Pandemie leisten Frauen weltweit noch mehr unbezahlte Arbeit .....	19
3. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa .....	19
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel .....	20
1. OECD: Neuer COVID19-Bericht: “Never let a good crisis go to waste” .....	20
2. Europäische Kommission: zusätzliche EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie in Schlüsselbereichen .....	20
3. Europäisches Parlament: Sex-Party in covid19-Zeiten .....	21
4. Rat der Europäischen Union: <i>Termine (virtuell)</i> .....	21



## Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

### 1. Aktuell im RIS

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **27. November 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 532/2020](#)

Zulassung von Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe im Zusammenhang mit besonderen Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **30. November 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 533/2020](#)

Änderung der Verordnung über einheitliche Standards für die Kosten- und Leistungsrechnung an Universitäten (KLRV Universitäten) sowie der Universitäts- und Hochschulstatistik- und Bildungsdokumentationsverordnung

[BGBl. II Nr. 534/2020](#)

1. Altlastenatlas-VO-Novelle 2020

[BGBl. II Nr. 535/2020](#)

Zentrale Rufnummern-Datenbank Verordnung – ZR-DBV

[BGBl. II Nr. 536/2020](#)

Änderung der Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **1. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. I Nr. 120/2020](#)

Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses für das Jahr 2019

[BGBl. I Nr. 121/2020](#)

IFI-Beitragsgesetz 2020 und Änderung des Bundesschatzscheinggesetzes

[BGBl. III Nr. 199/2020](#)

Geltungsbereich der Multilateralen Vereinbarung M329 gemäß 1.5.1 ADR über die Beförderung bestimmter Abfälle, die gefährliche Güter enthalten

[BGBl. III Nr. 200/2020](#)

Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern

[BGBl. III Nr. 201/2020](#)

Geltungsbereich des Protokolls über Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister

[BGBl. III Nr. 202/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

[BGBl. III Nr. 203/2020](#)

Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Annahme eines zusätzlichen Schutzzeichens (Protokoll III)

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **2. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 537/2020](#)

Änderung der Verordnung über die Dienstaussweise im Justizressort (DAV-BMJ)



## 2. Lockerungen und Verschärfungen – Die Öffnungsschritte ab 07.12.

Die Regierungsspitze hat die Regeln für die Zeit nach dem Lockdown präsentiert: Die Ausgangsbeschränkungen bleiben bis Weihnachten aufrecht, dann werden sie gelockert. Der Handel sperrt wie erwartet auf – auch Friseure und andere körpernah tätige Berufe können aufsperrn. Die Öffnung der Schulen ist etwas restriktiver als vorab berichtet. Kanzler Sebastian Kurz appellierte an die Bevölkerung, weiter „gemeinsam an einem Strang“ zu ziehen.

Man sei nun in einer Phase, „die definitiv Wirkung zeigt“: Die 7-Tage-Inzidenz werde von rund 600 vor mehreren Wochen auf 250 bis Ende des Lockdowns sinken, so Kurz. Das bedeute, dass es gelungen sei, eine Überforderung der Intensivstationen zu verhindern, so Kurz, der sich gleichzeitig beim medizinischen Personal, das „Übermenschliches“ leiste, bedankte. Gesundheitsminister Rudolf Anschober sagte, der Lockdown habe funktioniert, die Triage – dass nicht alle intensivmedizinisch versorgt werden können, die es brauchen – sei verhindert worden.

Trotzdem sei die Pandemie keineswegs vorbei. Bis zu einer „Rückkehr zur Normalität im Sommer“ müsse man alles tun, um ein Explodieren der Ansteckungen zu verhindern. In den nächsten Wochen müsse man daher „sehr behutsam“ vorgehen. Die Lockerungen könnten wie geplant stattfinden, aber „behutsam und schrittweise“.

### Gastronomie soll am 7. Jänner öffnen

Gastronomie und Hotellerie bleiben vorerst geschlossen. Erlaubt es das Infektionsgeschehen, werden diese beiden große Bereiche am 7. Jänner geöffnet. Dass Skifahren erlaubt wird, aber Gastronomie und Hotellerie geschlossen bleiben, rechtfertigte Kurz damit, dass das eine ein Einzelsport im Freien sei. Die Lage in Lokalen sei anders und müsse epidemiologisch anders behandelt werden. Zusätzlich werde es eigene Sicherheitskonzepte für Liftanlagen geben. Auf Deutschland und Italien habe man in der Entscheidung, das Skifahren nur so zu erlauben, dass ausländische Skitouristen praktisch nicht kommen können, nicht Rücksicht genommen, so Kurz auf die entsprechende Frage eines deutschen Journalisten.

### Oberstufen – außer Maturaklassen – bleiben im Homeschooling

Pflichtschulen werden voll geöffnet. Die Oberstufen kehren mit Ausnahme der Maturaklassen nicht in die Schule zurück. Auch der Handel wird wieder gesamt öffnen, aber mit der Zehnquadratmeterregel, einer Maskenpflicht und einem Verbot der Bewirtung. Ab 7. Dezember gibt es zudem eine Rückkehr zu den Ausgangssperren zwischen 20.00 und 6.00 Uhr. Man werde wieder einen anderen Haushalt treffen können, so Kurz. Einzelsportarten im Freien – unter anderem Skifahren – werden ab 24. Dezember erlaubt. Kurz betonte, alle Maßnahmen, egal wie man sie wähle, könnten kritisiert werden. Er appellierte an die Bevölkerung, weiterhin gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

### Museen öffnen, Theater bleiben zu

Vizekanzler Werner Kogler sagte, man habe versucht, auf alle betroffenen Gruppen möglichst Rücksicht zu nehmen, insbesondere auf Schülerinnen und Schüler. Zum Kulturbereich sagte Kogler, dass Museen, Bibliotheken und Büchereien wieder öffnen. Konzert- und Theaterhäuser bleiben geschlossen. In etwa zwei Wochen – abhängig vom Infektionsgeschehen – soll weiter überlegt werden. Aber bis 7. Jänner werde alles geschlossen bleiben. Kogler kündigte einen 50-prozentigen Umsatzersatz für Dezember an. In Sachen Sport werden ab 24. Dezember im Freien alle Einzelsportarten erlaubt, aber kein Mannschaftssport. Sport in Innenräumen bleibt verboten.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3192113/>

## 3. Nationalrat: Heftige Kritik der Opposition an Kontrollmöglichkeit der Corona-Auflagen durch Polizei

Alle Personen über 65 Jahre sollen zum besseren Schutz vor COVID-19 zehn FFP2-Masken gratis per Post erhalten, beschloss der Gesundheitsausschuss. Darüber hinaus einigten sich die Abgeordneten mehrheitlich darauf, dass VertreterInnen von weiteren Gesundheitsberufen im Zusammenhang mit Corona-Tests zur Abstrichnahme von Nase und Rachen befugt werden und RettungssanitäterInnen unter bestimmten Auflagen, COVID-19-Impfungen durchführen können.



Heftig umstritten war der Vorschlag der Regierungsfractionen, dass neben den Bezirksverwaltungsbehörden künftig auch ausdrücklich die Polizei die Einhaltung von Corona-Auflagen in Betriebsstätten, Arbeitsorten, Verkehrsmitteln und bestimmten Orten kontrollieren kann; er wurde jedoch mit den Stimmen von ÖVP und Grünen angenommen. Seitens der Opposition gab es generell massive Kritik an der Vorgehensweise der Koalitionsparteien, da die von ÖVP und Grünen auf der Tagesordnung stehenden Gesetzesvorschläge offensichtlich nur als "Trägerraketen" dienen würden, um kurzfristig umfassende Abänderungsanträge einzubringen.

Keine finale Einigung gibt es bezüglich der Corona-Hilfen für die Österreichische Gesundheitskasse, was ebenfalls auf wenig Zustimmung bei der Opposition stieß. So enthielt der Entwurf für ein "ÖGK-COVID-19-Zuwendungsgesetz" lediglich die Feststellung, dass der Bund die Österreichische Gesundheitskasse "mittels einer an Zielen verknüpften Zahlung für einen abgegrenzten Zeitraum finanziell unterstützen" soll, ohne jedoch konkrete Zahlen zu nennen.

#### 4. Bundesrat billigt Budgetbegleitgesetz

Mit der Billigung durch den Bundesrat nahm heute das Budgetbegleitgesetz, das unter anderem eine Verlängerung des Corona-Kurzarbeitsmodells sowie die gestaffelte Pensionserhöhung enthält, die letzte parlamentarische Hürde. Während ÖVP und Grüne vor allem die soziale Aspekte der einzelnen Maßnahmen hervorhoben, stand die Abschaffung der abschlagsfreien "Hacklerpension" nach 45 Beitragsjahren im Mittelpunkt der Kritik von SPÖ und FPÖ. Die SozialdemokratInnen gaben dem Paket letztlich aber ihre Zustimmung, wofür insbesondere die Kurzarbeitsregelung und die Anhebung der Mindestpension den Ausschlag gaben. Keinen Einspruch erhob der Bundesrat auch gegen ein Bundesgesetz über die Errichtung eines COVID-19-Lagers durch das Verteidigungsministerium, zur Bereithaltung eines Notvorrates an Schutzausrüstung und medizinischen Materialien.

Mehr dazu: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2020/PK1366/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK1366/index.shtml)

#### 5. Massentests - Nicht schulpflichtige Kinder werden nicht getestet

Am Freitag starten in Österreich die ersten Massentests. Das Gesundheitsministerium hat am Mittwoch auf seiner Homepage Fragen und Antworten dazu veröffentlicht. Nun steht auch fest, wer nicht getestet wird. Dazu gehören Kinder vor der Schulpflicht sowie auch Personen, die in den vergangenen drei Monaten wegen einer SARS-CoV-2-Positivtestung in behördlicher Absonderung waren sowie Menschen, die berufsbedingt regelmäßig getestet werden, etwa Gesundheitspersonal.

Dass Personen, die Symptome einer Covid-19-Erkrankung haben, nicht an den Massentests teilnehmen sollen, ist selbsterklärend. Ebenso trifft das auf Personen zu, die in Quarantäne, Isolation oder häuslicher Absonderung sind. Auch Menschen, die sich wegen einer anderen Krankheit im häuslichen Krankenstand befinden, werden im Rahmen der Massentests nicht getestet. In Krankenhäusern stationär aufgenommene Personen sowie Bewohner von Alten- und Pflegeheimen sind nicht Zielgruppe dieser Testungen, informierte das Gesundheitsministerium.

An den Massentests freiwillig teilnehmen können somit Bürger ab dem schulpflichtigen Alter, die wohnhaft in Österreich sind. Auch Personen, die sich aus Arbeits- und Studiengründen in Österreich aufhalten, dürfen sich testen lassen. Minderjährige müssen von einem Erziehungsberechtigten begleitet werden, informierte das Ministerium.

Mehr dazu sowie weitere Informationen zu den Massentests finden Sie in den FAQs des Gesundheitsministeriums unter: <https://www.sozialministerium.at/Informationen-zum-Coronavirus/Coronavirus---Haeufig-gestellte-Fragen/FAQ--Bevoelkerungsweite-Testungen.html>



## 6. Coronahilfen haben bisher 27 Mrd. Euro gekostet

Bisher haben Coronahilfen in Österreich 27 Mrd. Euro gekostet. Darin sind alle verschiedenen Unterstützungsmaßnahmen vom der Kurzarbeit über Umsatzerersatz bis zu Kreditgarantien enthalten. Der größte Einzelbrocken ist die Kurzarbeit mit 8,8 Mrd. Euro. Die Stundung von Steuern und Zahlungserleichterungen macht 6,5 Mrd. Euro aus. Garantieübernahmen (3 Mrd. Euro) und Covid-19-Garantien (3,7 Mrd. Euro) folgen dahinter. Alleine für den Umsatzerersatz, den Gastronomie und Hotellerie seit 6. November und andere im Lockdown geschlossene Unternehmen seit einer Woche beantragen können, wurden bisher 71.886 Anträge für 1,6 Milliarden Euro gestellt. Die Hälfte des Geldes (828 Mio. Euro) ist bereits ausbezahlt.

Für den neuen Fixkostenzuschuss (FKZ II) für bis zu 800.000 Euro je Unternehmen habe es in der ersten Woche 812 Anträge mit einem Volumen von 9,8 Mio. Euro gegeben. Die ersten Auszahlungen sollen im Laufe der Woche folgen. Wesentlich höher sind die Beträge für den für das Frühjahr gültigen Fixkostenzuschuss (FKZ I). Hier wurden über 45.113 Anträge 625 Millionen Euro beantragt und davon 380 Mio. Euro ausgezahlt. Auf diese genehmigten 39.057 Anträge entfielen im Schnitt je 9.742 Euro.

"In den unterschiedlichen Programmen werden Millionenbeträge ausgezahlt, die Gelder fließen und die Hilfe kommt an", sagte Finanzminister Gernot Blümel am Dienstag. Besonders erfreulich sei die Entwicklung beim Umsatzerersatz. "Mit diesem Instrument haben wir in den letzten Wochen tausende Betriebe unterstützt. Ein Großteil der Antragsteller sind kleine und mittlere Unternehmen, damit stützen wir das Rückgrat unserer Wirtschaft." Blümel verweist darauf, dass beim Umsatzerersatz und dem Fixkostenzuschuss zusammen bereits mehr als eine Milliarde Euro an die Unternehmen geflossen ist.

Über den Härtefallfonds, also die WKÖ und die AMA sind 785 Mio. Euro gegangen. Dazu kommen noch ein Betrag von 3 Mrd. Euro für "Soforthilfe", etwa Beschaffungen, sowie der NPO-Unterstützungsfonds inklusive Sportligen mit 132 Mio. Euro.

Sollte der Lockdown im Winter weitergehen und der Umsatzerersatz weiter fließen, kommen noch große Belastungen auf das Budget zu. Denn von Dezember bis März generiert der Wintersporttourismus rund 14 Mrd. Euro Umsatz. Direkt sind 300.000, indirekt weitere knapp 420.000 Menschen beschäftigt.

Bei Ausfall oder Absage der Wintersaison rechnet das Finanzministerium mit Kosten von 1,6 Mrd. Euro pro Woche für Hilfen vom Umsatzerersatz bis zur Kurzarbeit. In der Weihnachtsferienzeit ist der Ausfall noch um die Hälfte höher.

## 7. Umfrage: 61 Prozent der Betriebe nutzen Kurzarbeit

Auch wenn die Coronakrise die Arbeitswelt und Betriebe schwer erschüttert: Eine von der Arbeiterkammer (AK) und vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) beauftragte IFES-Umfrage unter 2.000 Betriebsratschefs kommt zum Schluss, dass die Firmen die Coronakrise bis dato gut meistern. 61 Prozent der Betriebe wenden demnach die Coronakurzarbeit an. Dank der Kooperation von Management und Betriebsrat seien viele Kündigungen vermieden worden, heißt es.

Die jährlich unter dem Titel Strukturwandelbarometer durchgeführte Umfrage zeigt laut Angaben der Arbeitnehmervertreter, dass jedes fünfte Unternehmen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Weitere 31 Prozent seien "eher stark" betroffen.

Sehr stark wurde bzw. wird von den Unternehmen auf die von den Sozialpartnern ausverhandelte Kurzarbeit gesetzt. Bei 61 Prozent der Betriebe kam diese Maßnahme zum Einsatz. Außerdem wurde sehr stark Homeoffice genutzt (91 Prozent) sowie der Abbau von Urlaubsguthaben bzw. Gutstunden (80 Prozent). Dank des Einsatzes der Betriebsräte hätten Lohn- oder Arbeitszeitkürzungen großflächig vermieden werden und seien nur bei 7 Prozent vorgekommen.

Freilich sei die Krise noch lange nicht vorbei. Themen wie Einsparungen, Umstrukturierungen und Stopp bei Investitionen bleiben auf dem Tapet. "Daher ist es umso wichtiger, dass Management und Betriebsrat weiter gut zusammenarbeiten", so AK und ÖGB am Freitag in einer Aussendung.





## 8. Vizekanzler Kogler schließt Sparpaket für niedrige und mittlere Einkommen aus

Vizekanzler Werner Kogler schließt zur Konsolidierung des Staatshaushaltes nach der Coronakrise ein Sparpaket für niedrige und mittlere Einkommen aus. Im Gegenzug bringt er gegenüber der "Tiroler Tageszeitung" (Samstag-Ausgabe) abermals Vermögens- und Erbschaftssteuern ins Spiel: "Wenn es um die Erben von Millionären und wenn es bei Stiftungen um Milliarden geht, dann ja."

Bevor man aber über Konsolidierung sprechen könne, müsse investiert werden, so Kogler: "Und die Investitions- und Konjunkturmaßnahmen gehen stark in Zukunftsfitness durch Klimaschutz und Digitalisierung." In diesem Bereich geht Kogler von 100.000 neuen Arbeitsplätzen in den kommenden zwei Jahren aus.

## 9. Bioethikkommission für Impfpflicht für Gesundheitspersonal

Die Bioethikkommission empfiehlt eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen. Dazu gehören etwa das Gesundheitspersonal und körpernahe Dienstleister wie FriseurInnen und MasseurInnen, sagte Christiane Druml, Vorsitzende der österreichischen Bioethikkommission der "Presse" (Dienstagsausgabe). Im Vorjahr hatte sich die Kommission erstmals für eine allgemeine Impfpflicht gegen Masern ausgesprochen. Beim Coronavirus ist das nun nicht der Fall.

Denn bei den Impfstoffen gebe es bisher nur Teilinformationen. Für die Dauer der Pandemie empfiehlt die Kommission aber eine Covid-Impfpflicht für Gesundheitspersonal und körpernahe Dienstleister. "Ich würde hier nicht von einer Impfpflicht, sondern von einem Berufsausübungserfordernis sprechen. Als Leukämiekranker will ich ja nicht von jemandem behandelt werden, der mich anstecken und quasi umbringen könnte. Im Epidemiegesetz ist auch vorgesehen, dass das Gesundheitspersonal geimpft werden muss. Wobei es auch um dessen Schutz geht", sagte Druml der "Presse". Erfasst werden sollen laut Druml auch in der Heimpflege Tätige und pflegende Angehörige. Bei diesen sei eine Pflicht aber schwierig, "da geht es eher um ein offensives Angebot".

Druml sprach sich außerdem dafür aus, dass die Priorisierung, wer zuerst geimpft werden soll, gesetzlich festgeschrieben werden soll. Dabei gehe es auch um "Rechtssicherheit, damit das unter dem Tisch nicht anders gehandhabt wird". Für geimpfte Personen soll es außerdem Erleichterungen geben, etwa, dass sie Kultureinrichtungen besuchen dürfen.

## 10. Antigen-Test-Beschaffung ausgesetzt und ausgeschrieben

Die Bundesbeschaffungsgesellschaft hat nach der Beschwerde nicht zum Zug gekommener Anbieter die Beschaffung von Covid-19-Antigen-Tests neu gestartet. Die Einkäufer der Regierung hatten ohne offene Ausschreibung Verträge mit einzelnen Lieferanten abgeschlossen. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht eine Prüfung eingeleitet hatte, wurde die Vergabe vorübergehend ausgesetzt und der Vertrag ausgeschrieben. Auswirkungen auf die Massentests erwartet das Verteidigungsministerium nicht.

Aus einer der APA vorliegenden Mitteilung der Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG) an bisherige Lieferanten geht hervor, dass die Bestellmöglichkeit über die bestehende Rahmenvereinbarung gestoppt wurde. Zur Begründung verweist die BBG auf ein beim Bundesverwaltungsgericht eingeleitetes Nachprüfungsverfahren mit Antrag auf einstweilige Verfügung.

Ein Sprecher der BBG sprach von einer „reinen Vorsichtsmaßnahme“. Man habe die verbindlichen Abrufe über die BBG vorübergehend ausgesetzt. Einen Mangel an Tests befürchtet man nicht: „Den uns vorliegenden Informationen zufolge haben wir ausreichend Tests.“ Auch das Verteidigungsministerium befürchtet keine Auswirkungen auf die nun anlaufenden Massentestungen der Bevölkerung mit Antigen-Tests. Wie ein Sprecher auf APA-Anfrage sagte, wurden die dafür nötigen zehn Millionen Tests bereits bestellt und teils auch ausgeliefert.





## Aus den Bundesländern

### **1. Auch Steiermark zieht vor Massentests finden am 12. und 13. Dezember statt**

Auch die Steiermark geht bei den von der Bundesregierung geplanten Massentests proaktiv vor: Die flächendeckenden COVID-19-Testungen werden in der Steiermark am 12. und am 13. Dezember stattfinden. Dabei sei man in "enger Abstimmung" mit Städten und Gemeinden, Bundesheer, dem Rotem Kreuz und Einsatzorganisationen. Wie in allen anderen Bundesländern auch werden sogenannte Antigen-Schnelltests durchgeführt.

#### **"Landesweiter Kraftakt"**

„Die Durchführung dieser Testungen ist ein landesweiter Kraftakt. Wir sind aber überzeugt, dass diese Tests uns helfen können, Infektionsketten zu unterbrechen und damit die Ausbreitung des Virus besser zu kontrollieren“, merkt dazu Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an. Man dürfe nichts unversucht lassen, um die verheerenden Auswirkungen dieser Pandemie auf die Gesundheit der Menschen – aber auch auf die steirische Wirtschaft und damit auf Arbeitsplätze – möglichst niedrig zu halten. „Nur gemeinsam können wir diesen Kraftakt schaffen“, ergänzt Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Lang.

Gemeinsames Ziel sei es, die Infektionszahlen so stark wie möglich zu senken, auch um damit eine Entlastung der Spitalskapazitäten zu erreichen. „Je mehr Steirer an den Tests teilnehmen, desto besser wird es uns gelingen, die Infektionsketten zu durchbrechen“, so Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß.

#### **Vorbereitungen laufen schon**

Im Hintergrund finden übrigens bereits seit einigen Tagen Expertengespräche statt. In den zuständigen Stellen würde praktisch Tag und Nacht an einer möglichst guten Vorbereitung für diese Massentests gearbeitet. Detailliertere Infos folgen in den nächsten Tagen. Städte und Gemeinden weiß man dabei hinter sich, Städtebund-Landeschef Kurt Wallner und Gemeindebundpräsident Erwin Dirnberger unterstützen den Aufruf. Man werde das "allerbeste geben", um diese Aufgabe positiv bewältigen zu können. „Auch für die Städte und Gemeinden sei es völlig klar, dass jeder Versuch unternommen werden müsse, die Auswirkungen und Dauer der Pandemie im Interesse der Bürger zu verkürzen. Ins selbe Horn stößt auch der Bürgermeister der Landeshauptstadt, Siegfried Nagl: „Hinter der Umsetzung der benötigten Infrastruktur für die Massentests steckt sehr viel Arbeit und Logistik. Wir alle wollen so schnell wie möglich wieder zu unserem gewohnten Leben zurück und möglichst ohne Einschränkungen unseren Alltag bewältigen.“ Damit dies gelinge, brauche es die volle Unterstützung der Bevölkerung.

### **2. Massentests in Niederösterreich am 12. und 13. Dezember**

LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und dem Präsidenten des SP-Gemeindevertreterverbandes Rupert Dworak am heutigen Freitag im Palais Niederösterreich in Wien. Nachdem der Bund nunmehr zugesichert hat, dass die entsprechenden Tests rechtzeitig zur Verfügung stehen werden, sollen die Massentests in Niederösterreich am Wochenende des 12. und 13. Dezember stattfinden.

„Wir haben heute in einem Arbeitsgespräch mit der Landeshauptfrau entschieden, dass die Tests in Niederösterreich am 12. und 13. Dezember stattfinden“, gab LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf im Anschluss an das Arbeitsgespräch bekannt. Als zentrale Abwicklungsplattformen werden die Gemeinden gemeinsam mit Freiwilliger Feuerwehr, Zivilschutzverband, Rotem Kreuz, Samariterbund und Bundesheer fungieren. Insgesamt werden in den Gemeinden bis zu 800 Testlinien eingerichtet werden, informierte Pernkopf, der von einer „großen Freiwilligenaktion und Kraftanstrengung des Landes“ sprach: „Rund 15.000 freiwillige MitarbeiterInnen werden im Einsatz sein“. Das Angebot wird sich gemäß der Empfehlung des Bundes an alle ab sechs Jahren richten, „möglichst wohnortnah und natürlich freiwillig“, so der LH-Stellvertreter.



Über das Ergebnis soll man digital verständigt werden, im Falle einer positiven Testung soll eine Nachkontrolle mittels PCR-Test stattfinden. Um Menschenansammlungen zu vermeiden, sollen diese PCR-Tests nicht am Ort der Antigentest stattfinden, sondern in den bestehenden PCR-Teststraßen.

Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig sieht in den Massentests „auf jeden Fall eine wichtige Ergänzung für unsere ohnehin gut aufgestellte Teststrategie“, weil man dadurch einen guten Einblick in das Infektionsgeschehen erhalte und hochinfektiose, aber asymptomatische Menschen herauspicken könne. Die Landesrätin hob auch die Bedeutung des Contact Tracing hervor. In Niederösterreich habe man „ein gutes Netzwerk mit vielen Partnern“, wo man sich „aufeinander verlassen kann“, zeigte sich Königsberger-Ludwig überzeugt. Die MitarbeiterInnen im Contact Tracing sollen deshalb auch aufgestockt werden, so Pernkopf und Königsberger-Ludwig unisono.

Die Gemeinden verfügten über die entsprechende Organisationskraft und hätten viel Erfahrung im Mobilisieren von Freiwilligen, betonte Alfred Riedl in seiner Stellungnahme. „Wenn wir gebraucht werden, stehen wir zur Verfügung“, versicherte er. „Wir werden alle notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen können, in größeren Gemeinden wird es mehr Testlinien geben“, so Riedl.

Die Einbindung der Gemeinden sei „die einzige sinnvolle Lösung“, man sei hier infrastrukturell und auch vom Personal her mit dem Ehrenamt gerüstet“, betonte Rupert Dworak, der in den Testungen auch „einen Testlauf für die Impfung im nächsten Jahr“ sieht. „Die Corona-Tests am 12. und 13. Dezember helfen uns gegen die Pandemie und damit der Gesundheit der Niederösterreichinnen und Niederösterreicher“, rufen die vier gemeinsam dazu auf, an den Tests teilzunehmen.

### **1.000 Teststraßen und 20.000 freiwillige Helfer**

Die Einladung zum Test ergeht per Post an etwa 1,6 Millionen Niederösterreichinnen und Niederösterreicher absech Jahren. Am 12. und 13. Dezember stehen etwa 1.000 Teststraßen in den Gemeinden bereit, an beiden Tagen von 8.00 bis 18.00 Uhr. Durchgeführt werden die Massentests mit großer Hilfe von Freiwilligenorganisationen, wie Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf schildert: „Dabei unterstützen das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund, die Feuerwehr und der Zivilschutzverband. Wir rechnen an diesen beiden Tagen mit 20.000 Freiwilligen, aber auch hauptamtlichen Mitarbeitern. Nicht eingerechnet die Arbeit, die schon vorher abläuft, etwa mit der Organisation der Teststraßen, der Übermittlung der Tests oder der Schutzkleidung. Da sind schon Tausende auch im Vorfeld im Einsatz.“

Mehr dazu: <https://noe.orf.at/stories/3078948/>

## **3. Früher und länger: Oberösterreich weitet Massentests aus**

Die Massentests für die gesamte Bevölkerung finden nun nicht nur am 12./13. Dezember statt, wie vergangene Woche kommuniziert. Der Zeitraum wird ausgeweitet. Starten sollen die Massentests am Freitag, 11. Dezember, dauern sollen sie bis Montag, 14. Dezember. In Zusammenarbeit mit allen Behörden und Einsatzorganisationen werden an vier Tagen rund 570 Teststraßen quer über alle Bezirke installiert, hieß am Donnerstag nach der Sitzung des Landes mit Städte- und Gemeindebund, Polizei, Bundesheer und Freiwilligen-Organisationen wie Rotes Kreuz und Feuerwehr. „In Zusammenarbeit mit den Bezirksverwaltungsbehörden, Städten sowie den Gemeinden werden bestehende Örtlichkeiten gesucht, die sich für die Einrichtung einer Teststation eignen“, teilte das Land Oberösterreich mit.

Es wird sehr viel Personal brauchen. Alleine aus dem medizinischen Bereich geht es um rund 1700 MitarbeiterInnen, um die Abnahmen durchführen zu können. Anders als in Nachbarländern werden die getesteten Personen gleich bei der Teststation über ihr Ergebnis und das weitere Vorgehen informiert, heißt es.

Wie berichtet, finden die Massentests speziell für PädagogInnen und PolizistInnen schon früher statt, am 5./6. Dezember bzw. 7./8. Dezember. „Unser Ziel ist klar, die Infektionszahlen auf einen kontrollierbaren Rahmen zu senken und so für eine Entlastung in den Spitälern zu sorgen. Desto mehr Personen an den Tests teilnehmen, desto besser können wir Infektionsketten durchbrechen“, wurden Landeshauptmann Thomas Stelzer und Gesundheitsreferentin Christine Haberlander zitiert: „Wenn die Infektionszahlen und die Belastung an den Krankenhäusern rückläufig sind, wird eine halbwegs vertraute Weihnachtszeit im engsten Kreis der Familie möglich sein. Selbstverständlich gelten für alle, auch für jene, die ein negatives Testergebnis erhalten, weiterhin die wichtigsten Regeln: Maske tragen, Abstand halten, Hygienemaßnahmen einhalten.“



#### 4. Massentests - Tiroler erhalten Testformular per Post

Das Land Tirol hat am Samstag weitere Details zum Ablauf der geplanten Corona-Massentests von 4. bis 6. Dezember unter dem Motto "Tirol testet" bekanntgegeben: Demnach erhalten kommende Woche alle Personen, die in Tirol wohnen und im Zentralen Melderegister (ZMR) gemeldet sind, per Post ein Testformular. Dieses soll ausgefüllt mitgebracht werden, hieß es in der Aussendung des Landes. Ziel ist es, dadurch Menschenansammlungen vor Testlokalen möglichst zu vermeiden.

Neben dem Formular mit Strichcode wird auch eine Datenschutzerklärung zugesandt. Beides soll bereits zuhause ausgefüllt und dann zur Testung mitgebracht werden, um Wartezeiten zu verhindern. "Das postalisch übermittelte Testformular enthält einen Strichcode. Damit können die Teilnehmenden noch schneller vor Ort registriert werden", bat Elmar Rizzoli, Projektleiter von "Tirol testet", um Verwendung des zugesandten Formulars. In Ausnahmefällen können die Unterlagen aber auch an Ort und Stelle ausgefüllt oder ein online abrufbares allgemeines Testformular verwendet werden. Bei der Station wird dann ein "Test-SMS" an die bekannt gegebene Mobilfunknummer versendet, um anschließende potenzielle Zustellungsfehler möglichst zu vermeiden.

In der Teststation wird nach der Registrierung ein Antigen-Schnelltest mittels Nasen-Rachen-Abstrich durchgeführt. Die Testpersonen erhalten ein Informationsblatt und werden innerhalb kurzer Zeit per SMS, E-Mail oder Anruf über ihr Antigen-Schnelltestergebnis informiert. Bei einem positiven Ergebnis wird dieses mittels PCR-Test nochmals überprüft. Dazu wird eine automatische Benachrichtigung zugestellt, die zur Einfahrt in eine Screeningstraße berechtigt, die im Massentest-Zeitraum bis 21.00 Uhr geöffnet haben (Ausnahme: Lienz von 11.00 bis 12.00 Uhr und 18.00 bis 20.00 Uhr). Die Öffnungszeiten der Antigen-Testlokale werden von den Gemeinden kommende Woche festgelegt.

"Zahlreiche Menschen in Tirol haben sich bereits gemeldet, da sie sich freiwillig engagieren wollen. Das freut uns sehr, und wir dürfen uns für dieses Engagement bedanken", sagt Elmar Rizzoli. Weitere Freiwillige können sich bei ihrer jeweiligen Wohnortgemeinde melden.

In der landesweiten Aktion "Tirol testet" werden von 4. bis 6. Dezember alle in Tirol gemeldeten, symptomfreien Personen zum freiwilligen und kostenlosen Antigentest aufgerufen. Die Massentests zielen auf die Entdeckung von asymptomatisch Infizierten ab. Personen, die grippeähnliche Krankheitssymptome aufweisen, sollen nicht zu den Stationen kommen, sondern sich wie immer bei der Gesundheitshotline 1450 melden. Menschen, die innerhalb der vergangenen drei Monate positiv getestet worden waren, sind ebenfalls nicht aufgerufen, an den Antigen-Testungen teilzunehmen.

#### 5. Massentests - Anmeldungen in Vorarlberg ab sofort möglich

Die Vorarlberger Bevölkerung kann sich ab sofort zu den Corona-Massentests (4. bis 6. Dezember) anmelden. Diese seien notwendig, um Wartezeiten an den Teststationen zu vermeiden, informierte Landeshauptmann Markus Wallner am Montag. Erneut bat er die Bürger, an dem flächendeckenden Corona-Test teilzunehmen. Sein Appell lautete: "Helfen Sie mit, das Infektionsgeschehen im Land einzubremsen."

Anmeldungen sind auf der Webpage [www.vorarlberg.at/vorarlbergtestet](http://www.vorarlberg.at/vorarlbergtestet) möglich. Im ganzen Land werden 80 Teststationen eingerichtet, in den meisten Fällen werden Turnhallen oder andere öffentliche Gebäude genutzt. Die Tests werden jeweils zwischen 7.00 und 17.00 Uhr durchgeführt.

"Bitte versuchen Sie unbedingt, sich vorrangig über dieses Online-Formular anzumelden", so Landesrat Christian Gantner. Anmeldungen müssten nicht persönlich vorgenommen werden, sondern könnten etwa auch für Familienmitglieder erledigt werden. "Haben Sie niemanden, der Ihnen helfen kann, dann wenden Sie sich bitte an folgende Nummer: 05574/601-600", so Gantner.



## 6. Massentests - Keine Voranmeldung im Land Salzburg – Stadt prüft noch

Für die Corona-Massentestung im Land Salzburg, die in rund 370 Testlokalen in den Gemeinden ähnlich wie bei Landtagswahlen am 12. und 13. Dezember über die Bühne geht, wird es keine Voranmeldung geben. Die Stadt Salzburg prüft derzeit noch, ob eine Anmeldung für die Massentests am 11. und 12. Dezember, die an den drei Teststationen Kongresshaus, Messezentrum und Terminal zwei am Flughafen stattfinden, sinnvoll sowie technisch und organisatorisch machbar ist. Am kommenden Montag werde dazu eine finale Beratungsrunde mit Einsatzkräften stattfinden, erklärte am Donnerstag ein Sprecher der Stadt Salzburg gegenüber der APA. "Wir sind in der finalen Planungsphase."

Das Motto der Verantwortlichen in der Stadt und am Land lautet: Die freiwillige Testung soll für den Probanden möglichst einfach und ohne großen Aufwand erfolgen.

Vermutlich wird es deshalb auch in der Stadt keine Voranmeldung geben. Falls doch, dann offenbar nur im Internet, nicht telefonisch. Die Zusendung eines Formulars per Post mit einem Strichcode, den man zum Test zwecks Registrierung mitnimmt, gilt bereits jetzt als eher ausgeschlossen.

Auf dem Land wird ebenfalls ein barrierefreier Zugang zum Massentest groß geschrieben. "Die Teilnahme soll so einfach wie möglich gewährleistet ein", sagte ein Sprecher des Landes auf APA-Anfrage. Eine Erleichterung gibt es für Internet-User. Ab morgen, Freitag, kann das Registrierungsblatt für den Test, der am Testtag im Testlokal aufliegt, von der Homepage des Landes heruntergeladen und ausgedruckt werden, um es schon zu Hause ausfüllen zu können. Das ermögliche einen rascheren Testablauf, wenn das bereits ausgefüllte Registrierungsblatt zum Test mitgenommen wird. Das Land appelliert zudem an all jene Personen, die in den vergangenen drei Monaten positiv auf das Coronavirus getestet worden sind, nicht an der Massentestung im Dezember teilzunehmen. So werde ein zusätzlicher behördlicher Aufwand verhindert. Denn es bestehe die Wahrscheinlichkeit, dass bei bereits genesenen Personen noch eine Restviruslast vorhanden sei und der Betroffene zunächst erneut abgesondert, dann aber die Absonderung wieder aufgehoben werde.

## 7. Möglichkeit zu Massentest in 34 burgenländischen Gemeinden

Im Burgenland sind die Vorbereitungen für die Massentests laut Koordinationsstab Coronavirus schon weit gediehen. Eine Möglichkeit zur freiwilligen und kostenlosen Testung mittels Antigen-Schnelltest gibt es für die Bevölkerung im Zeitraum von 10. bis 15. Dezember in 34 Gemeinden. Die Testungen finden an jedem dieser Tage von 7.30 bis 18.30 Uhr statt. 25 fixe Teststationen werden eingerichtet, die über mehrere Testspuren verfügen. Außerdem kommen auch zwei Testbusse - einer im Nord- und Mittelburgenland sowie einer im Südburgenland - zum Einsatz. Sie fahren weitere neun Gemeinden an. Die Anmeldung ist ab 7. Dezember möglich und erfolgt über das Internet auf der vom Bund bereitgestellten Internetseite [www.oesterreich-testet.at](http://www.oesterreich-testet.at).

Nähere Informationen sind auf der Internetseite [www.burgenland.at/coronatest](http://www.burgenland.at/coronatest) zu finden. Außerdem hat das Land Burgenland unter der Telefonnummer 057 600 1035 (8.00 bis 20.00 Uhr) eine eigene Hotline für Fragen rund um die Massentests eingerichtet.

## 8. Land NÖ informiert über Antigentests für Kindergarten- und Kinderbetreuungspersonal

Am 5. und 6. Dezember 2020 kann in NÖ das gesamte Personal (PädagogInnen, SonderkindergartenpädagogInnen, Interkulturelle MitarbeiterInnen, KinderbetreuerInnen, Unterstützungspersonal, Verwaltungspersonal und sonstiges Personal) in elementarpädagogischen Einrichtungen kostenlos einen Antigentest machen. Damit sollen SARS-COV-2-Infektionen weiter eingedämmt und ein möglichst sicherer Kindergarten- und Kinderbetreuungsbetrieb ermöglicht werden. Die Testungen sind Teil der großangelegten Teststrategie des Bundes.

Nähere Informationen zum Ablauf der Tests wurden vom Amt der Landesregierung an die Leitungen der NÖ Landeskindergärten gesendet. Das Schreiben finden Sie zu Ihrer Information in **Beilage 1**.



## 9. Finanzielle Unterstützung für Tiroler Beherbergungsbetriebe

Tiroler Beherbergungsbetriebe die Nächtigungsrückgänge verzeichneten, aber keinen Anspruch auf Unterstützung aus dem Härtefallfonds oder den Fixkostenzuschuss des Bundes haben, werden jetzt vom Land Tirol unterstützt. Insgesamt sollen bis zu drei Millionen Euro zur Verfügung stehen, berichtete das Land in einer Aussendung. Anspruchsberechtigte Betriebe sollen eine Förderung in der Höhe von 3.000 Euro in Form eines nicht rückzahlbaren Einmalzuschusses erhalten. "Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus haben bei den Beherbergungsbetrieben zu massiven Einnahmeausfällen geführt. Gleichzeitig laufen Verbindlichkeiten etwa in Form von Krediten aber weiter und auch gestundete Ratenzahlungen werden irgendwann fällig", begründete Landeshauptmann Günther Platter die Entscheidung. Anspruchsberechtigt seien Betriebe, deren Jahresumsatz in einem der vergangenen drei Steuerjahre 20.000 Euro überstiegen hat.



## Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

### 1. Gemeinden kämpfen finanziell – Präsentation der neuesten Prognose des KDZ

Die Coronakrise hat zu deutlich geringeren Einnahmen der Gemeinden geführt. Nach Prognosen des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) fehlen den Kommunen ohne die Bundeshauptstadt Wien für die Jahre 2020 und 2021 insgesamt 2,5 Mrd. Euro. Die Mittel fehlten bei der Deckung der laufenden Ausgaben, sagte der Generalsekretär des Städtebundes, Thomas Weninger, am Dienstag in einer Pressekonferenz. Er forderte weitere Hilfen durch Bund und Länder.

Wie Prognosen des KDZ zeigen, werden die Gemeinden die Finanzkrise nicht aus eigener Kraft tragen können. Ohne zusätzliche Unterstützung durch Bund und Länder müsste ein massives Sparprogramm mit Leistungskürzungen gefahren werden, um mittelfristig wieder einen ausreichenden Überschuss der operativen Gebarung auf dem Niveau von 2019 zu erzielen. Das würde einen Personalabbau um zehn Prozent - also um rund 7.000 bis 8.000 Arbeitsplätze - und eine Reduktion des Verwaltungs- und Betriebsaufwandes bedeuten.

Ein Teil der Mindereinnahmen müsste auch über Schulden finanziert werden, wobei die Rahmenbedingungen für die Gemeinden wesentlich schlechter seien, als etwa für den Bund, betonte Weninger. Das hätte zur Folge, dass - ohne weitere Unterstützungsmaßnahmen - einerseits bei Investitionen gekürzt wird, andererseits bei Abgangsgemeinden auch über Leistungskürzungen nachgedacht werden müsste. Leistungskürzungen wären dabei grundsätzlich dort möglich, wo "freiwillige" Leistungen erbracht werden.

Konkret bedeuten würde die Reduktion von Leistungsangeboten etwa kürzere Öffnungszeiten in Frei- und Hallenbädern oder anderen kommunalen Einrichtungen, kürzere Betreuungszeiten in Kindergärten, niedrigere Standards bei der Schneeräumung oder Straßenreinigung, Abstriche im öffentlichen Verkehr sowie das Schließen von Einrichtungen wie Kultur- und Sporthallen, Büchereien, Museen und Sozialberatungsstellen. Auch Sozialleistungen könnten gekürzt werden.

Das KDZ empfiehlt daher ein Bündel an Maßnahmen, welches von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam getragen werden sollte. Die Gemeinden könnten sich nämlich im Vergleich zu Bund oder Ländern schwerer selbstständig aus der Krise hinausmanövrieren. Zur grundsätzlichen Absicherung der Liquidität und der kommunalen Leistungsangebote wäre neben dem bestehenden kommunalen Investitionspaket auch ein zumindest teilweiser Ersatz der Einnahmefälle notwendig.

Ein weiterer Vorschlag des KDZ sieht einen Ausgleich der Mindereinnahmen aus der Steuerreform und bei der Kommunalsteuer vor. Dies würde eine Entlastung für die Kommunen in der Höhe von zumindest 1,5 Mrd. Euro für kommendes Jahr bedeuten. Um das Potenzial der Gemeindeinvestitionen als Stabilisator in der Wirtschaftskrise nutzen zu können, werde auch ein Ausbau der Investitionsprogramme notwendig sein - etwa um 1 Mrd. Euro im Jahr 2021. Zusätzlich bedarf es laut dem KDZ einer besseren Abstimmung zwischen den Gebietskörperschaftsebenen, etwa durch die Einberufung eines Kommunalgipfels, um die Problemlage aufzuzeigen und gemeinsam Lösungen zu suchen. Auch im Blick sollten mittel- bis langfristige Strukturreformen sein, um die finanzielle Autonomie der Gemeinden langfristig wiederherzustellen und abzusichern.

Ebenfalls nicht zuletzt aufgrund der Coronakrise ist zu befürchten, dass der Anteil der sogenannten Abgangsgemeinden, welche ihre Ausgaben und Tilgungen nicht mehr durch laufende Einnahmen decken können, bis 2021 auf 60 Prozent ansteigt, zeigen die Prognosen.

Die Medienunterlagen der Pressekonferenz finden Sie in den **Beilagen 2 bis 4**.

Generalsekretär Dr. Weninger war zudem anlässlich der Präsentation der KDZ-Prognose zu Gast im Ö1 Mittagsjournal. Dies kann unter folgendem Link (7 Tage lang) nachgehört werden:

<https://oe1.orf.at/player/20201201/618942/1606821860000>





## 2. Massentests in Annaberg: Nur zwei von 653 Tests positiv

In der Salzburger Gemeinde Annaberg-Lungötz ist am Dienstag um 18.00 Uhr der erste der beiden Massenscreening-Tage zu Ende gegangen. Von 653 durchgeführten Antigentest sind dabei lediglich zwei positiv ausgefallen, informierte Bürgermeister Martin Promok am Dienstagabend in einer Videopressekonferenz des Landes. Die beiden betroffenen BürgerInnen mit einem positiven Ergebnis werden nun mit einem zuverlässigeren PCR-Test noch einmal getestet. Der Grund für die niedrige Zahl an positiven Schnelltests könnte laut dem Ortschef daran liegen, dass der Hausarzt der Gemeinde in den vergangenen Wochen bereits rund 100 Tests durchgeführt hat. "Hier dürften viele schon aussortiert worden sein."

Die Zahl der Corona-Infektionen in Annaberg-Lungötz hatte sich im November stark erhöht, die Sieben-Tage-Inzidenz lag vor rund zehn Tagen auf einem Wert von über 2.000. Sie ist aber mittlerweile wieder auf gut 800 gesunken. Laut einem Sprecher des Landes wurden seit 1. November 450 Personen in der Gemeinde entweder positiv getestet oder waren als Kontaktpersonen abgesondert. Wer eben erst aus der Quarantäne gekommen sei, werde wohl auch keinen Bedarf an einer sofortigen erneuten Testung gesehen haben.

"Ich bin mit der Beteiligung sehr zufrieden. Grundsätzlich hat heute alles gut funktioniert. Die beteiligten Organisationen und Freiwilligen haben alle zugestimmt, dass alles gut gelaufen ist und eigentlich keinen Verbesserungsbedarf gesehen wird", zog Promok eine erste Bilanz. Lediglich eine ältere Dame habe angerufen, da sie nicht mobil ist und habe nach einem Shuttle-Dienst gefragt. "Das wäre ein Punkt, wo man den einen oder anderen noch zu einem Test gebracht hätte." Von den 2.231 EinwohnerInnen der Gemeinde waren laut Information des Landes bei den letzten Landtagswahlen 1.698 Personen wahlberechtigt, rund 1.050 davon in Annaberg, die anderen im Ortsteil Lungötz, der morgen mit den Schnelltests an der Reihe ist. Auf Basis dieser Zahl hätten sich laut einem Sprecher des Landes heute rund 62 Prozent der Annaberger testen lassen.

### **Auf Anfrage des Österreichischen Städtebundes bei Bürgermeister Promok berichtete diese folgendes über den Ablauf:**

Es hat sich alles gut bewährt und der Ablauf wird wie vom Land Salzburg mit den Rettungsorganisationen und uns als Gemeinde ausgearbeitete Konzept hat super funktioniert. Grundsätzlich ist es ähnlich einer Wahl aufgebaut und die Testung findet ohne Anmeldung statt. Die Feuerwehr übernimmt den Ordnerdienst und die Mithilfe bei der Testauswertung. Von er Gemeinde wird die Registrierung und bei positiven Fällen das Contact-Tracing übernommen (Anm.: Dies wird lt. Informationen des Österreichischen Städtebundes lediglich in Salzburg angedacht).

Die Testentnahme wird durch Mitglieder des Roten Kreuzes vorgenommen. Pro Testlinie können rund 250 Tests in 10 Stunden durchgeführt werden. Aus meiner Sicht hat alles gut funktioniert und die Teilnahme war gut. Ungewöhnlich war natürlich das Medieninteresse.

## 3. Innsbruck testet an sechs Standorten

Die von kommenden Freitag bis Sonntag in Tirol angesetzten Corona-Massentests werden in der Landeshauptstadt Innsbruck von 7.00 bis 17.00 Uhr an insgesamt sechs Standorten stattfinden - an drei Hauptstandorten sowie drei kleineren Testlokalen. Bei den Hauptstandorten handelt es sich nach Angaben der Stadt um die Messehalle, den Congress Innsbruck sowie die Olympiahalle.

Die Stadt bat indes BürgerInnen mit medizinischen Kenntnissen oder Erfahrungen in der Pflege, um ihre Unterstützung bei der Durchführung. ÄrztInnen, Pflegepersonal, ausgebildete SanitäterInnen sowie VeterinärmedizinerInnen könnten sich über <https://stadt-innsbruck-testet.typeform.com/to/eo2Uilly> registrieren, hieß es.





#### 4. Graz plant 220 Teststraßen an 10 bis 12 Standorten

Die Stadt Graz hat am Freitag erste Pläne für die Massentests bekannt gegeben: So sollen die Tests für die Bevölkerung am 12. und 13. Dezember an zehn bis zwölf Standorten mit insgesamt 220 Teststraßen erfolgen. Rund 180.000 Menschen werden erwartet. Das entspricht mehr als 350 Personen pro Teststraße und Tag. Um die Aufgaben zu stemmen, sind am Freitag MitarbeiterInnen des Magistrats und der gesamten Graz Holding per Dienstanweisung zur Mithilfe einberufen worden.

Aus dem Büro von Bürgermeister Siegfried Nagl hieß es, dass rund 1.200 MitarbeiterInnen der Stadt Graz und ihrer Tochterfirmen - beispielsweise Flughafen und Messe - für die Massentests als Helfer benötigt werden. Sie bekamen "angeordnete Überstunden", die natürlich auch bezahlt werden, so ein Sprecher. Die Bereitschaft zu helfen sei groß, meinte er. Ausgenommen seien vorläufig nur das Gesundheitsamt und die MitarbeiterInnen der Geriatrischen Gesundheitszentren (GGZ), die ohnehin schon durch die Pandemie auch am Wochenende über alle Maßen belastet seien. Eine Art Probelauf sollen die Tests bei LehrerInnen und ElementarpädagogInnen sein, die bereits eine Woche davor in der Listhalle und im Congress über die Bühne gehen werden. Von den etwa 7.500 PädagogInnen werden 5.000 bis 5.500 bei den Teststraßen erwartet.

Mit den Erfahrungen der Tests an den Lehrkräften will man dann in der Woche darauf die Massentests für die restliche Bevölkerung schaffen. Von den knapp 300.000 GrazerInnen - Nebenwohnsitze eingerechnet - dürften rund 180.000 zu den Tests kommen. Das sind etwa 60 Prozent und entspreche den Erfahrungswerten aus Südtirol. Ausweisen müsse man sich mit Lichtbildausweis, so ein Sprecher. Wo genau die zehn bis zwölf Standorte sein werden, werde noch abgeklärt. Jedenfalls in die Planung einbezogen sind die Grazer Messe, der Congress, der Flughafen und die Listhalle.

Einen wichtigen Appell gab es noch aus dem Büro des Bürgermeisters: Damit die Tausenden Menschen ohne Verkehrschaos zu den Standorten kommen können, sollen möglichst viele zu Fuß oder mit dem Rad kommen. Die Öffis werden verstärkt fahren. Lediglich Menschen mit Gehbehinderung oder ähnlichen Beschwerden sollten mit dem Auto zur Teststraße kommen. Eine Anmeldung für die Tests werde ebenfalls möglich sein, die Details zum Ablauf sollen im Laufe der kommenden Wochen noch präsentiert werden.

#### 5. Rund 75 Teststraßen an 20 Standorten in Linz geplant

In Linz sollen für die Corona-Massentests von 11. bis 14. Dezember rund 75 Teststraßen an rund 20 Standorten aufgebaut werden. Als große Locations stehen das Design Center, die TipsArena und die Tabakfabrik zur Verfügung zudem sollen Volkshäuser etc. herangezogen werden. Der tägliche Personalbedarf wird auf rund 250 Leute aus dem medizinischen Bereich und weitere 500 für den organisatorischen Teil - Ordnerdienst, Versorgung, Entsorgung der Schutzausrüstung etc. - geschätzt.

Man erwartet bis zu 90.000 TeilnehmerInnen, informierten Vertreter der Stadt in einer Pressekonferenz am Freitag. Die Teststraßen werden als "Walk-in" konzipiert. Rotes Kreuz, Samariterbund, Feuerwehr und Magistrat würden derzeit alles mobilisieren, was möglich sei, sagte Bürgermeister Klaus Luger. Vom Bund fühlt sich der Stadtchef allerdings im Regen stehen gelassen: So sei nicht klar, ob bzw. wo nach einem positiven Schnelltest noch ein PCR-Test gemacht werden müsse, und, ob die Gesundheitsbehörde dann Contact Tracing durchführen solle. Auch das IT-System stößt bei ihm als "User" auf Skepsis: "Ich kenne kein IT-System, das gleich funktioniert", meinte er. Man arbeite daher in Sachen Software an einem Plan B für den Notfall, sagte Gesundheitsstadtrat Michael Raml.



## 6. St. Pölten plant mit vier Standorten für Massentests

In St. Pölten werden die Corona-Massentests am 12. und 13. Dezember an vier Standorten stattfinden. Nach Angaben des Rathauses der niederösterreichischen Landeshauptstadt vom Montag sind das VAZ, der Saal der Begegnung beim Bahnhof, das Kulturhaus Wagram und die FH auserkoren worden. Die Registrierung ist ab 7. Dezember unter [www.testung.at](http://www.testung.at) möglich.

Laut Bürgermeister Matthias Stadler laufen die Planungen auf Hochtouren. Alle St. PöltnerInnen würden in den kommenden Tagen schriftlich "über den genauen Ablauf und Modus verständigt". Dadurch soll die Organisation - mit zugewiesenem Standort und Uhrzeit - "für dieses umfangreiche Vorhaben besonders effizient und sicher gestaltet werden".

## 7. Wiener Neustadt testet an 8 Standorten

Wiener Neustadt, die nach EinwohnerInnen zweitgrößte Gemeinde des Landes NÖ, testet vom 12. bis 15. Dezember. Es wird laut Magistrat acht Standorte geben. Die Bevölkerung werde, wie in St. Pölten, ebenfalls schriftlich informiert. Zudem wurde am Montag auf den Link [www.wiener-neustadt.at/covidtest](http://www.wiener-neustadt.at/covidtest) verwiesen.

## 8. NÖ: Ausnahme-Regeln vor Verlängerung

Statt an einem Tisch im Amtssaal werden Beschlüsse über den Ankauf von Grundstücken oder die Vergabe von Förderungen seit einigen Monaten per Videokonferenz oder E-Mail gefasst. Der Landtag schaffte im April die Möglichkeit der Online-Abhaltung von Gemeinderatssitzungen sowie der Beschlussfassung auf dem Umlaufweg, also per E-Mail. Die Mandatare bekommen die Unterlagen zugesandt. Nach einer gewissen Frist müssen sie schriftlich ihre Stimme abgeben. So sollte sichergestellt werden, dass Gemeinden auch in Krisenzeiten, in denen physische Zusammenkünfte eingeschränkt sind, ihrer Arbeit nachgehen können. Befristet ist diese Ausnahmeregel bis Ende des Jahres. Eine Verlängerung des Gesetzes ist jedoch bereits in Arbeit. Kritik gab es von Oppositionsparteien sowie aus der Öffentlichkeit.

## 9. Wien schnürte Maßnahmenpaket für Schulöffnungen

Der neue Wiener Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr präsentierte am Dienstagnachmittag ein Maßnahmenpaket zur "sicheren Schulöffnung" - auch um zu signalisieren: "Ich kann berichten, dass wir in Wien bereit sind, die Schulen zu öffnen und große Sicherheitsstandards auch einhalten können."

Die Stadt Wien hat jedenfalls ein Maßnahmenpaket geschnürt, um die Schulstandorte zu unterstützen und den Unterricht "unter sicheren Rahmenbedingungen" zu gewährleisten, wie der Stadtrat betonte. Das Paket beinhaltet vier große Bereiche, teils mit neuen Maßnahmen, die in den vergangenen Tagen ausgearbeitet worden seien.

Wien werde den LehrerInnen sowie anderem Schulpersonal wie Schulwarten oder Küchenpersonal Schutzausrüstung zur Verfügung stellen. "Hier hat Wien ausreichend Masken zur Verfügung", so Wiederkehr. Das Kontingent beträgt derzeit 1,2 Mio. FFP2-Masken, 400.000 weitere Stück seien bestellt. Außerdem werden die Schulen mit einem Sprechschutz und weiter mit Desinfektionsmittel ausgestattet.

Wiederkehr richtet in diesem Zusammenhang an die LehrerInnen die "eindringliche Empfehlung" Masken zu tragen - zum Selbst- und auch zum Schutz anderer. Für SchülerInnen kann er sich eine Maskenpflicht ab zehn Jahren vorstellen, eine diesbezügliche Vorgabe obliegt aber dem Bund.



Was die Testsituation anbelangt, so wird in Wien an mehreren Strängen gezogen: "Wir haben uns in Wien entschieden, die LehrerInnen im Zuge der Massentests testen zu lassen. Es ist freiwillig, allerdings eine Empfehlung und ein Aufruf meinerseits, das auch wahrzunehmen", so der Ressortchef. Überdies würden in den nächsten Tagen Testkits an alle Schulstandorte geschickt werden. Damit könnten Verdachtsfälle selbst getestet oder prophylaktische Testungen vorgenommen werden.

Zudem sollen die Schulen, "die es brauchen", auch mehr Schulraum bekommen - Stichwort "fliegendes Klassenzimmer". Neben einzelnen Hotels würden nun auch die Volkshochschulen ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Die Buchung dieses zusätzlichen Schulraumes kann über das Buchungssystem der Bildungsdirektion durchgeführt werden.

Weiters gibt Wiederkehr die Empfehlung zum zeitversetzten Unterrichtsbeginn heraus, um überfüllte Öffis und Menschenansammlungen vor den Schulgebäuden zu vermeiden. "Das kann je nach Schulstandort anders ausgestaltet sein. Zum Beispiel kann man sagen, im Zehn-Minuten-Rhythmus starten die unterschiedlichen Schulklassen und Schulstufen."

Wiederkehr war es wichtig, die Maßnahmen der Stadt Wien für die Schulen rechtzeitig zu kommunizieren, bevor diese nächste Woche öffnen würden. "In der Krise braucht es vor allem eine klare und rechtzeitige Kommunikation."

## 10. Traiskirchen bietet zwei Tests pro Woche für LehrerInnen an

Seit einem Monat können sich im niederösterreichischen Traiskirchen MitarbeiterInnen von Schulen und Kindergärten zweimal pro Woche mit Antigen-Schnelltests auf eine Corona-Infektion testen lassen. Im Anlassfall können auch Eltern und Kinder das Angebot nutzen. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner, die als Ärztin am Donnerstagvormittag selbst ehrenamtlich in Traiskirchen Abstriche genommen hat, forderte eine Übernahme des Modells für ganz Österreich. Bürgermeister Andreas Babler kritisierte, dass Traiskirchen, wie viele andere Städte und Gemeinden, bei den Schutzmaßnahmen an Schulen einspringen müsse, weil die Regierung nicht gehandelt habe. So seien Raumluftgeräte für Kindergärten und Schulen sowie FFP2-Masken für deren MitarbeiterInndn angeschafft und Plexiglas-Schutzwände errichtet worden.



## Europa und International

### 1. Slowakei verschiebt landesweite Massentests

Am Mittwochabend kündigte Ministerpräsident Igor Matovic nach regierungsinternen Unstimmigkeiten an, die für das erste Dezember-Wochenende geplanten erneuten landesweiten Corona-Massentests an fast der gesamten Bevölkerung auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Der Städte- und Gemeindebund ZMOS forderte, überhaupt keine solchen flächendeckenden Tests mehr durchzuführen. Stattdessen sollten sich künftige Testaktionen auf besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen konzentrieren.

Die am Donnerstag veröffentlichten Corona-Statistiken der Gesundheitsbehörden zeigten, dass die Zahl der Neuinfektionen nach den Massentests wieder leicht angestiegen ist. Gegner der Massentests hatten schon davor gewarnt, kurzfristige Rückgänge der Neuinfektionen seien nicht den Testungen zu verdanken, sondern einem Teil-Lockdown im Oktober. Die Slowakei hatte am 31. Oktober und 1. November Corona-Massentests im ganzen Land durchgeführt. Formell war die Teilnahme zwar freiwillig, doch wer keinen negativen Test vorweisen konnte, durfte anschließend zwei Wochen nicht einmal mehr in die Arbeit gehen. Deshalb unterzogen sich allein in der ersten von mehreren Testrunden 3,6 Millionen der 5,5 Millionen Einwohner einem Antigen-Schnelltest.

### 2. Seit der Pandemie leisten Frauen weltweit noch mehr unbezahlte Arbeit

Frauen übernahmen bereits vor dem Beginn der Corona-Pandemie rund drei Viertel der unzähligen Arbeitsstunden, die täglich auf der ganzen Welt ohne finanzielle Gegenleistung erbracht werden. Nun zeigen internationale Studien, dass dieser Anteil seit dem Beginn der Krise noch wesentlich höher geworden ist. Die Frauenorganisation der Vereinten Nationen (UN Women) befürchtet, dass die Pandemie innerhalb nur eines Jahres in Sachen Gleichstellung zu einem Rückfall in die 1950er-Jahre führen könnte. Im September 2020 verloren allein in den USA etwa 865.000 Frauen ihren bezahlten Arbeitsplatz im Vergleich zu rund 200.000 Männern im gleichen Zeitraum. Die meisten Frauen mussten aus dem (bezahlten) Arbeitsmarkt ausscheiden, um Betreuungspflichten und häusliche Aufgaben zu übernehmen, für die sich sonst niemand zuständig fühlte. Als stellvertretende Leiterin von UN Women warnt Anita Bhatia eindringlich vor den kurz- und langfristigen Nachteilen für die gesundheitlichen, intellektuellen und finanziellen Lebensperspektiven von Frauen auf der ganzen Welt. Sie fordert daher, dass Regierungen und Unternehmen die viele unbezahlte Arbeit in der Familie, im Haushalt und in der Pflege endlich anerkennen und auch in der Praxis berücksichtigen, dass diese Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes systemerhaltend ist. Hilfreich wären hier etwa zusätzliche Karenzzeiten, mehr bezahlter Urlaub oder das Offenhalten von Kinderbetreuungseinrichtungen auch in der Krise. Letztlich gehe es dabei nicht nur um die Rechte und die Gleichstellung der Frauen an sich, betonte Bhatia gegenüber der BBC. Vielmehr sei eine vollwertige Einbindung von Frauen ins Wirtschaftsleben auch eindeutig positiv für die Wirtschaft selbst.

Mehr dazu: <https://www.bbc.com/news/world-55016842>

### 3. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa

Neben den aktuellen Verlaufsgrafiken bildet der Bericht der EuroComm – wie gewohnt - ab, wie sich die Lage im jeweiligen Land entwickelt, vor allem in Hinblick auf die Auslastung des Gesundheitssystems.

Mehr dazu in **Beilage5**



## Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

### 1. OECD: Neuer COVID19-Bericht: “Never let a good crisis go to waste”

Der neue OECD-Bericht *“The Covid-19 crisis: A catalyst for government transformation?”* untersucht über 400 Beispiele von innovativen Mitteln und Vorgehensweisen welche Regierungen und Verwaltungen in der ersten Phase der Krise zum Einsatz gebracht haben. Einer der wichtigsten Erkenntnisse? *“Novel responses do not come out of nowhere”*. In anderen Worten: Viele innovative und wirksame Mittel bauten auf bestehendem auf - die Krise zwang lediglich zu einer Beschleunigung bzw. machte latente Potentiale sichtbar. Wie Louis Pasteur, dem wir auch in dieser Pandemie viel zu verdanken haben, schon sagte: *“le hasard ne favorise que les esprits préparés”* (Der Zufall begünstigt nur den vorbereiteten Geist)

Presse: <http://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/the-covid-19-crisis-a-catalyst-for-government-transformation-1d0co788/>

### 2. Europäische Kommission: zusätzliche EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie in Schlüsselbereichen

**a) Gesundheit:** Beschaffung von Impfmateriale und sonstiger medizinischer Ausrüstung (aus EU-Mitteln); Erarbeitung eines einheitlichen EU-Konzepts für Quarantänevorschriften; Abgabe von Empfehlungen zu gezielten Teststrategien, einschließlich des Einsatzes von Antigen-Schnelltests; Erwerb von Schnelltests (Mittelausstattung: 100 Mio €); Förderung der EU-weiten gegenseitigen Anerkennung von Tests und Akzeptanz der Ergebnisse; Bewertung nationaler Teststrategien durch das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC); erhöhter Austausch von Daten zu Tests, Kontaktnachverfolgung und Kapazitäten der öffentlichen Gesundheitssysteme über eine Plattform des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), um steigende Infektionsraten und Kapazitätslücken zu ermitteln und die Risikobewertung zu verbessern; Förderung der Diskussion zwischen Epidemiologen und anderen Fachberatern der Regierungen, um nationale Ansätze zu koordinieren; Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Anbindung der nationalen Kontaktnachverfolgungs-Apps an den EU-Datenabgleichdienst. Ziel: grenzüberschreitende Kommunikation; Überprüfung und Überwachung der nationalen Impfpläne, um sicherzustellen, dass alle Länder auf die Einführung vorbereitet sind; Überwachung der Sicherheit, Wirksamkeit und Auswirkungen der Impfung, sobald ein Impfstoff zugelassen und verfügbar ist.

**b) Öffentlichkeitsarbeit:** Angepasste Kommunikationskampagnen der Mitgliedstaaten; Bekämpfung von Fehlinformationen und Desinformation im Zusammenhang mit Impfungen.

**c) Wirtschaftliche Aspekte:** Verlängerung des derzeitigen Verzichts auf Zölle und Mehrwertsteuer für Schutzausrüstung und medizinische Geräte aus Drittländern bis April 2021; Mehrwertsteuerbefreiung für COVID-19-Impfstoffe; Entwicklung eines einheitlichen Testprotokolls im Verkehrsbereich, zunächst für Flugreisen; Bereitstellung von EU-Leitlinien für Reisende, die von den vorübergehenden Beschränkungen nicht unbedingt notwendiger Reisen ausgenommen werden sollen; elektronisches EU-Reiseformular (Passenger Locator Form). Dabei Sicherstellung, dass alle Personen, die aus beruflichen oder familiären Gründen reisen müssen, dies auch tun können; Start der mobilen App „Re-Open EU“, um die Bürgerinnen und Bürger über Gesundheits- und Reisebestimmungen in der gesamten EU auf dem Laufenden zu halten; Übernahme der an den Grenzübergangsstellen eingeführten „Green Lanes“ für den reibungslosen grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr auch für die Güterbeförderung auf Schiene, in der Luft und zu Wasser; Gewährleistung, dass private & Berufskraftfahrer ein Land entlang des TEN-V-Netzes über TEN-V Transitkorridore durchqueren können; Unterstützung des Transportpersonals beim Grenzübertritt, damit es seine wesentlichen Aufgaben wahren kann (zB Seeleute).

Presse: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/FS\\_20\\_1998](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/FS_20_1998)



### 3. Europäisches Parlament: Sex-Party in covid19-Zeiten

Jozsef Szajer, Europaabgeordneter und Verbündeter des ungarischen Ministerpräsidenten Orban ist bei einer illegalen Sex-Party in Brüssel verhaftet worden. MdEP Szajer, 59, ein Gründungsmitglied der Fidesz-Partei und Mitautor der aktuellen Verfassung Ungarns, wurde verletzt, als er am Freitagabend (27 Nov) aus einem Fenster im ersten Stock sprang, als er versuchte zu fliehen, bevor er zusammen mit 24 anderen Personen verhaftet wurde. Im Rucksack des Betroffenen seien zudem Drogen (ecstasy) gefunden worden. Bei den Festgenommenen handelte es sich überwiegend um Männer. Sie wurden zu einer Geldstrafe von 250 € verurteilt, weil sie die Pandemie-Sperrstunde und die sozialen Einschränkungen auf der Party über einer Schwulenbar im Zentrum von Brüssel gebrochen hatten. Die Polizei teilte mit, dass MdEP Szajer versuchte, europäische parlamentarische Immunität zu beanspruchen, was zu einer Intervention des belgischen Außenministeriums führte. Der ungarische Europaabgeordnete trat am Sonntag (29 Nov) ohne Angabe von Gründen zurück, gab aber zu, an einer "Hausparty" teilgenommen zu haben.

**Presse:** [Ungarischer EU-Abgeordneter stolpert über Sex-Party in Brüssel | DiePresse.com](#)

### 4. Rat der Europäischen Union: Termine (virtuell)

**1 Dez:** Wirt&FinanzMin; Bildung-Jugend-KulturMin; **2 Dez:** GesundheitsMin; JustizMin; EU-MilitärCom; **3 Dez:** SozialMin; EU-MilitärCom; **4 Dez:** EU-MilitärCom; **7 Dez:** TelekomMin; **8 Dez:** EuropaMin; TransportMin; **10/11 Dez: EU-(BUDGET)-Gipfel;** **14 Dez:** EnergieMin; **16 Dez:** Eurogruppe; EU-MilitärCom; **17 Dez:** Wirt&FinanzMin; EU-MilitärCom; zusätzlich finden im Dez zZt noch ca 57 Ratsarbeitsgruppen und andere Treffen statt (virtuell); nur ASTV I und ASTV II finden noch in-persona statt;

